

Warnstreik in Schleswig-Holstein: 4.500 Beschäftigte fordern mehr!

Am 5. Februar 2025 streikten in Schleswig-Holstein 4.500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für bessere Löhne und Bedingungen.



Kiel, Deutschland - Am Mittwoch, dem 5. Februar 2025, fand in Schleswig-Holstein ein Warnstreik im öffentlichen Dienst statt, an dem laut Angaben der Gewerkschaft ver.di rund 4.500 Beschäftigte teilnahmen. Der Hintergrund sind die laufenden Tarifverhandlungen, die von ver.di als „enttäuschend“ bewertet werden. In Kiel versammelten sich etwa 1.500 Menschen zu einer Kundgebung, nachdem sie in zwei Demonstrationszügen durch die Stadt gezogen waren.

Zusätzlich waren in Neumünster etwa 400, in Lübeck rund 500 und in Schleswig etwa 900 Beschäftigte an Kundgebungen beteiligt. Susanne Schöttke, Leiterin des ver.di Landesbezirks Nord, kündigte an, dass in der nächsten Woche weitere

Warnstreiks stattfinden werden. Die bestreikten Bereiche umfassen Energieversorgungsunternehmen, Sparkassen, kommunale Krankenhäuser, Wasser- und Schifffahrtsämter, die allgemeine Verwaltung, kommunale Ordnungsdienste, sowie Einrichtungen des Sozial- und Erziehungsdienstes, darunter auch Kindertagesstätten und Bundeswehrdienststellen.

Betroffene Einrichtungen und Forderungen der Gewerkschaften

Zu den betroffenen kommunalen Krankenhäusern zählen das Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster, das Klinikum Itzehoe, das Städtische Krankenhaus Kiel sowie die Westküstenkliniken Brunsbüttel und Heide. Die Bildungsgewerkschaft GEW hat ebenfalls zu einem Warnstreik aufgerufen, insbesondere für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst, und fordert ein verhandlungsfähiges Angebot von den Arbeitgebern. Ver.di berichtete von einer Überlastung der Beschäftigten und warnte vor einem drohenden Kollaps.

Die Gewerkschaften fordern konkret 8% mehr Lohn oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat, drei Tage mehr Urlaub für alle Beschäftigten, höhere Zuschläge für belastende Tätigkeiten sowie eine Anhebung der Ausbildungsgehälter und Praktikantenentgelte um 200 Euro monatlich. Die Arbeitgeberseite hat in der ersten Verhandlungsrunde noch kein Angebot abgegeben. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) kritisierte die Warnstreiks als unangemessen. Ein nächster geplanter Warnstreik ist für den 13. Februar 2025 angesetzt, und auch in Niedersachsen sind weitere Warnstreiks angekündigt.

Wie **ver.di Nord** berichtete, wurde der Warnstreik aufgrund enttäuschender Verhandlungen in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ausgerufen. Susanne Schöttke, Landesleiterin von ver.di Nord, betonte die Notwendigkeit der Mobilisierung und wies auf alarmierende Signale aus den Betrieben hin. Beschäftigte in vielen öffentlichen Einrichtungen sind demnach stark überlastet

und befinden sich am Rande der Handlungsfähigkeit.

Zusammenfassend zeigt die Dynamik der derzeitigen Tarifverhandlungen, dass die Gewerkschaften in Schleswig-Holstein entschlossen sind, für signifikante Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder einzutreten, während die Arbeitgeberseite bisher noch nicht auf die Forderungen reagiert hat. Für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bleibt die Situation angespannt und die Mobilisierungen werden voraussichtlich auch in den kommenden Wochen weitergehen.

Details	
Vorfall	Streik
Ursache	Tarifverhandlungen
Ort	Kiel, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • nord.verdi.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de